

# AKTIVES GEDENKEN IN LICHTENBERG

AN OPFER RECHTER GEWALT

**EUGENIU BOTNARI**



# INHALT

- 03 Vorwort | Heike Kleffner
- 04 Einleitung
- 06 Der tödliche Angriff auf Eugeniu Botnari - eine Chronologie  
| Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg (AVL)
- 08 Den Rechten den Raum nehmen. Jeden Tag
- 11 „Verhindern, dass ähnliches wieder passiert“  
| Interview mit der AiL und der VVN-BdA
- 13 Niemand ist vergessen - eine Webseite für die Opfer rechter &  
rassistischer Gewalt in Berlin | Kampagne Niemand ist vergessen
- 14 In die Unsichtbarkeit gedrängt: Obdachlose Menschen in  
Lichtenberg | Licht-Blicke
- 15 Antiziganismus: Eine Sensibilisierung ist dringend notwendig und  
wichtig | Amaro Foro e.V.
- 17 Rummelsburg - das einst größte Arbeitshaus Deutschlands  
| Dr. Robert Sommer
- 19 Weiterführende Kontakte für Engagierte & Interessierte

# IMPRESSUM

## **Herausgeber\*innen:**

Redaktionskollektiv „Aktives Gedenken in Lichtenberg“

**V.i.S.d.P.:** Jana Goldschmidt, Wotanstraße 228,  
10365 Berlin

## **Zeichnungen:** Desonhar Illustration

**Layout:** Michael Mallé  
Berlin, August 2020

**Text- und Bildnachweis:** Alle Rechte liegen bei den jeweiligen Herausgeber\*innen, den Autor\*innen und Zeichner\*innen. Für die inhaltlichen Aussagen der namentlich gekennzeichneten Artikel tragen die jeweiligen Autor\*innen die Verantwortung. Alle anderen Texte stammen vom Redaktionskollektiv.

**Genderstern:** In dieser Broschüre verwenden wir den Genderstern (z.B. Unterstützer\*innen), um Menschen, die sich als Frauen, Männer, Trans\*-Personen, Inter\*, queer und alle, die sich der zweigeschlechtlichen Norm nicht zuordnen, definieren, mit einzuschließen.

# VORWORT

Von Heike Kleffner

*An die bundesweit mehr als 180 Todesopfer rassistisch, antisemitisch und politisch rechts motivierter Gewalt seit 1990 zu erinnern, ist leider immer noch keine Selbstverständlichkeit.*

Umso wichtiger sind diese Broschüren, die an zwei Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Berlin-Lichtenberg erinnern: an den 34-jährigen Eugeniu Botnari und an den 38-jährigen Kurt Schneider. Denn Eugeniu Botnari gehört zu den knapp zwei Drittel der aus rechten und rassistischen Motiven Ermordeten seit 1990, die nicht offiziell durch die Bundesregierung als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt sind. Im Fall von Kurt Schneider erfolgte die staatliche Anerkennung erst 18 Jahre nach seinem gewaltsamen Tod. Die verweigerte oder verzögerte staatliche Anerkennung hat gravierende Auswirkungen – auf das öffentliche Gedenken, auf die Möglichkeiten der Hinterbliebenen, staatliche Hilfen und Entschädigungen zu erhalten und auf die politischen Konsequenzen bei der Bekämpfung von rechter, rassistischer Gewalt sowie auf die Strafzumessung für die Täter\*innen.

Zwischen den sozialdarwinistisch motivierten, stundenlangen Misshandlungen des arbeitslosen Kurt Schneider im Oktober 1999 durch eine vierköpfige Gruppe von Naziskins und der rassistischen Misshandlung des wohnungslosen Eugeniu Botnari durch den Filialleiter eines Supermarktes im September 2016 liegen fast zwei Jahrzehnte, in denen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt den Alltag und das Leben tausender Menschen in Berlin und darüber hinaus beeinträchtigt und für immer verändert haben. Mörderischer Rassismus, Antisemitismus und Rechtsterrorismus haben alleine in den vergangenen zwölf Monaten in 2019 und 2020 bei Anschlägen in Isthra bei Kassel, in Halle (Saale) und Hanau dreizehn Menschenleben gefordert.

Dennoch wird rechte Gewalt häufig als Randphänomen abgetan. Und während die tödliche Dimension rechter Gewalt in Deutschland weiterhin klein gerechnet wird, werden der gesamtgesellschaftliche Rassismus oder die Marginalisierung gesellschaftlicher Minderheiten ausgeblendet und ganze Betroffenenengruppen – insbesondere Wohnungslose und Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus – unsichtbar gemacht. Noch viel zu oft stehen die Täter\*innen und nicht die Hinterbliebenen und Überlebenden im Mittelpunkt des öffentlichen, politischen und medialen Interesses. In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch das Gedenken und Erinnern an Todesopfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt bis heute. Und allzu oft wird vergessen, dass auch das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Schoa und des Porajmos – den Völkermord an den europäischen Rom\*nja und Sinti\*zze – im Nationalsozialismus lange erkämpft und der Gesellschaft von Überlebenden, Angehörigen und ihren Unterstützer\*innen immer wieder abgerungen werden muss.

Die Broschüren der Initiative „Aktives Gedenken in Lichtenberg“ sind daher ein wichtiger Schritt: Gegen das Vergessen und für ein würdiges Gedenken ebenso wie für die aktuelle Auseinandersetzung mit den Kontinuitäten von Rassismus, Antisemitismus, rechter Gewalt und Sozialchauvinismus in Lichtenberg und darüber hinaus.

*Heike Kleffner ist Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.*

# LIEBE LESER\*INNEN,

*die vorliegende Broschüre ist Teil eines Projektes, um an zwei Menschen zu erinnern, die in Berlin-Lichtenberg Opfer rechter Gewalt wurden. Kurt Schneider wurde am 6. Oktober 1999 von einer Gruppe Neonazis im ehemaligen Urnenhain am Hoenerweg ermordet. Eugeniu Botnari erlag am 20. September 2016 seinen schweren Verletzungen, die ihm der damalige Filialeiter drei Tage zuvor im Edeka-Supermarkt im Bahnhof Lichtenberg aus rassistischer Motivation zugefügt hatte. Beide Schicksale sind sehr unterschiedlich und zwischen ihnen liegen fast zwanzig Jahre. Doch jeder für sich ist ein wichtiger Teil der jüngeren Bezirksgeschichte, der leider allzu oft übersehen wird.*

Wir wollen die Opfer beim Namen nennen. Wir wollen die persönlichen Schicksale sichtbar machen. Denn Mord und Totschlag sind nie etwas Abstraktes, sondern zerstören konkrete Menschenleben und deren engstes Umfeld. Wir möchten an die Taten erinnern. Wir möchten die rassistischen und extrem rechten Motive der Täter\*innen aufzeigen sowie die Umstände skandalisieren und kritisieren, unter denen die beiden tödlichen Angriffe stattfinden konnten.

Beide Todesfälle stellen eine Zäsur dar: In unserer Nachbarschaft hat rechte und rassistische Gewalt zwei Menschen das Leben gekostet. Auf Wegen, die wir täglich gehen, und an Orten, an denen wir uns häufig aufhalten, an denen wir einkaufen, die Bahn nehmen. Als Anwohner\*innen, Antifaschist\*innen und Antirassist\*innen berühren uns ihre Schicksale, obwohl wir sie nicht persönlich gekannt haben. Wir sehen es als unsere Pflicht an, ihre Namen zu nennen und ihnen gemeinsam zu gedenken. Sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Andernfalls behielten die Täter\*innen, deren Umfeld, polizeiliche Ermittlungen oder zuständige Gerichte das letzte Wort.

Mit dem Broschüren-Projekt und unserem darüber hinaus gehenden Engagement wollen wir einen Beitrag zu einer umfassenden Erinnerungsarbeit im Bezirk Lichtenberg leisten. Wir hoffen, dass eine aktive Gedenkkultur dabei hilft, rechte und rassistische Gewalt im Alltag sichtbar zu machen und dagegen handlungsfähiger zu werden. Denn diese beiden Todesfälle zeigen in aller Deutlichkeit, worauf andere Initiativen zur Aufklärung der deutschlandweiten NSU-Morde oder des Mordes an Burak Bektaş in

Berlin-Neukölln schon lange hingewiesen haben: rechtes Gedankengut führt zu Gewalt und zum Tod. Insbesondere richtet diese sich gegen Migrant\*innen, People of Colour, gegen Arme und Obdachlose, gegen Menschen mit psychischen Krankheiten, gegen vermeintliche Außenseiter\*innen und gegen politische Gegner\*innen. Immer noch werden durch die Ermittlungsbehörden und in gerichtlichen Prozessen die Opfer stigmatisiert und für das Geschehene verantwortlich gemacht. Häufig wird dies durch die öffentliche Berichterstattung verstärkt.

Auch wir haben die Erfahrung gemacht, dass Kurt Schneider und Eugeniu Botnari erst dann als Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt öffentlich sichtbar wurden, als der öffentliche Druck durch Aktionen und Recherchen über einen langen Zeitraum wuchs. Dies zeigt aber auch: Engagement lohnt sich! Die vorliegende Broschüre für eine Lichtenberger Gedenkkultur stellt das Todesopfer Eugeniu Botnari in den Mittelpunkt. Sie erscheint zusammen mit einer zweiten zu Kurt Schneider. Wir setzen uns dafür ein, dass beiden Personen in Lichtenberg gedacht wird, mit einer Gedenktafel oder in einer anderen dauerhaft sichtbaren Form. Doch beide Schicksale sind nicht die einzigen Beispiele für die tödlichen Folgen rechten Denkens und Handelns. Wenn wir Schneider und Botnari nennen, dürfen wir Klaus-Dieter Reichert und die bisher namenlosen Opfer nicht vergessen.

Leider ist es uns bis heute nicht gelungen, Kontakt zu Familie oder Freund\*innen von Kurt Schneider und Eugeniu Botnari aufzunehmen. Wir wünschen uns diesen Kontakt, um das Gedenken an sie persönlicher und würdevoller zu gestalten, um ihnen unser Mitgefühl für ihren Verlust und unsere Solidarität ausdrücken zu können.

Mit den Broschüren und Gedenkaktionen wollen wir einen Beitrag zur Gedenkkultur in Lichtenberg leisten, den Anfängen wehren und den Opfern rechter Gewalt gedenken. Nachbar\*innen, Initiativen und Bündnispartner\*innen laden wir ein, mit uns zusammen aktiv zu werden und unser Anliegen zu unterstützen. In kleinen Alltagssituationen und großen politischen Aktivitäten, können wir rechten und rassistischen Ideologien Solidarität entgegensetzen.

Redaktionskollektiv  
„Aktives Gedenken in Lichtenberg“





# DER TÖDLICHE ANGRIFF AUF EUGENIU BOTNARI – EINE CHRONOLOGIE

Von Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg (AVL)

*Über den Menschen Eugeniu Botnari ist uns bisher leider wenig bekannt. Was wir über ihn wissen, möchten wir hier zusammentragen. Sollten Sie ihn gekannt haben, wären wir sehr dankbar über weitere Informationen zu seiner Person, die helfen, ihn würdig in Erinnerung zu halten.*

## **Zur Person**

2015 kam Eugeniu Botnari im Alter von 33 Jahren aus Moldawien nach Deutschland. In Berlin hatte er keinen festen Wohnsitz, sondern kam bei Freund\*innen und Verwandten unter. Er hinterließ in Moldawien eine Frau, die als Nebenklägerin beim Prozess auftrat. Die einzigen Fotos, die wir von ihm kennen, sind polizeiliche Ermittlungsfotos. Diese werden aufgrund der erniedrigenden Eigenart von Polizeifotos hier nicht gezeigt.

## **Wie ist Eugeniu Botnari gestorben?**

Am 17. September 2016 wurde Eugeniu Botnari in der Edeka-Filiale im Bahnhof Berlin-Lichtenberg vom Filialleiter André S. beobachtet. Kurz darauf brachte S., begleitet durch einen weiteren Mitarbeiter, den inzwischen 34-jährigen in den Durchgang des Getränke-lagers in hinteren Bereich des Geschäftes und bezichtigte ihn des Diebstahls. Er zog seine Quarzhandschuhe an und schlug Botnari ins Gesicht, wobei er ihn stark verletzte. Anschließend zertrümmerte er sein Opfer über eine Hintertür aus dem Ladengeschäft. Die Tat wurde von einer Überwachungskamera aufgezeichnet. Der Filialleiter filmte diese später ab und schickte die Aufnahme über einen Messengerdienst an einen Mitarbeiter der Filiale und kommentierte diese rassistisch mit den Texten „Frühstück“ und „Moldawien zu Gast bei Freunden“.

Am Nachmittag desselben Tages besuchte Botnari, gezeichnet von schweren Verletzungen, Familienangehörige. Er beschrieb den Vorfall und erzählte, er sei zusammengeschlagen worden.

Seine Familienangehörigen rieten ihm, zum Arzt zu gehen. Er lehnte jedoch das Rufen eines Notarztes ab, weil er nicht versichert sei und kein Geld habe. Am 19. September 2016 sprach er in einer Arztpraxis vor, die ihn sofort an die Rettungsstelle des unmittelbar benachbarten Sana-Klinikums Lichtenberg verwies. Auf dem Weg dorthin musste er auf einer Parkbank eine Pause machen. Hier wurde er angesprochen und aufgrund seines Zustandes umgehend in die Rettungsstelle gebracht. Diese überwies ihn an ein Unfallkrankenhaus wegen seines lebensbedrohlichen Zustandes. Am Morgen des 20. September starb Eugeniu Botnari an einer Hirnblutung, für die der Schlag ins Gesicht drei Tage zuvor durch das Gericht als mitursächlich angesehen wird.

## **Was geschah nach seinem Tod?**

Erst Ende Januar 2017 wurden Ermittlungen gegen den Lichtenberger Filialleiter André S. aufgenommen und ein Gerichtsverfahren gegen ihn eröffnet. Während der gesamten Verhandlung wurden die rassistischen und sozialchauvinistischen Einstellungen des Angeklagten und einiger Zeug\*innen aus dessen Umfeld offensichtlich. Allen Prozessbeobachter\*innen wurde klar, dass es ähnliche Taten schon mehrfach gegeben hatte. Dabei benutzten er sowie weitere Kollegen laut Zeug\*innenaussagen seine Quarzhandschuhe regelmäßig gegen jene, die er als vermeintlich migrantische Obdachlose erkannte. Es war die Regel, sie in einen Lagerraum zu bringen, dort zusammenzuschlagen und dies zu filmen.

Das Gericht sprach den Angeklagten am 27. März 2017 der Körperverletzung mit Todesfolge schuldig und verurteilte ihn zu drei Jahren und drei Monaten Haft. In der mündlichen Urteilsbegründung verwies der vorsitzende Richter auf die Menschenverachtung, den Rassismus und Zynismus, die der Angeklagte bei der Tатаusübung gezeigt habe.

Das Gericht war davon überzeugt, dass mindestens ein Schlag des Filialleiters mitursächlich für den Tod von Eugeniu Botnari war.

In einem anschließenden Gerichtsverfahren 2019 wurden drei weitere Supermarkt-Mitarbeitende aus den Filialen Lichtenberg und Südkreuz zu 12 bis 22 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Diese hatten Übergriffe, sprich Gewalttaten, auf Opfer aus dem „Trinker- und Obdachlosenmilieu“ gestanden. Die Taten wurden vor Gericht individualisiert und auf individuelle Einstellungen der Tatbeteiligten reduziert. Insofern haben das Gericht und die Nebenklagevertretung den gesellschaftlichen Rassismus und Sozialchauvinismus, in dessen Kontext die Taten möglich wurden, zu wenig thematisiert.

Botnaris Tod und die Gerichtsprozesse wurden medial aufgegriffen. In vielen Presstexten fällt die sozialchauvinistische Darstellung Botnaris und weiterer Opfer auf. Wiederholt wird er auf die vermeintliche Straftat des Diebstahls reduziert und so eine Teilschuld am eigenen Tod impliziert. Einige Meldungen kommen beinahe ohne Nennung seines Namens aus. Stattdessen wird das Opfer bereits in der Überschrift einer Tat bezichtigt, die ausschließlich auf der Aussage des Täters basiert und die nie verifiziert werden konnte. Während für den Täter die Unschuldsvermutung gilt, wird dieser Rechtsgrundsatz bei dem Opfer außer Kraft gesetzt. Anstatt den für die Tat ursächlichen Sozialchauvinismus medial darzustellen und zu analysieren, wird dieser in der Darstellung der Person reproduziert. Dies hat entscheidende Konsequenzen: für das mitwissende und schweigende Umfeld der Täter, für die nächsten Täter\*innen und auch die potenziellen Opfer.

Trotz allem scheint die sozialchauvinistische Ausgrenzung im Edeka-Markt im Bahnhof Lichtenberg anzuhalten. Sie fand ihren Ausdruck im April 2020, im Zuge der Corona-Pandemie, beispielsweise darin, dass Obdachlosen aus „hygienischen Gründen“ der Zutritt verwehrt wurde.

### **Sie kannten Eugeniu Botnari?**

Dann nehmen Sie gerne mit uns Kontakt auf:

Aktiv in Lichtenberg e.V.

[info@plattenkosmos.berlin](mailto:info@plattenkosmos.berlin)





## DEN RECHTEN DEN RAUM NEHMEN. JEDEN TAG

*Der rassistische und sozialchauvinistische tödliche Angriff auf Eugeniu Botnari 2016 weckt Erinnerungen an eine Zeit, die in Lichtenberg lange zurück zu liegen schien. In den 1990er und frühen 2000er Jahren war der Bezirk bundesweit als rechter Kiez bekannt. Neonazis waren ein prägender Teil des Stadtbildes und versuchten offensiv, eine gewisse Vormachtstellung zu erlangen. Immer wieder fielen Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passten, wie Migrant\*innen, Linke und Obdachlose, Bedrohungen, Pöbeleien und Angriffen zum Opfer – bis hin zu Mord. Doch wie war die Situation damals, was hat sich seitdem verändert und was sind Kontinuitäten?*

### **Lichtenberg als Nazi-Kiez – Die 1990er Jahre**

Nach der Maueröffnung 1989 entstand ein gesellschaftspolitisches Vakuum, das auch Lichtenberger Nazistrukturen versuchten zur eigenen Stärkung zu nutzen. Mit Unterstützung aus Westdeutschland und Österreich besetzten Anhänger\*innen der „Nationalen Alternative“ Anfang der 1990er Jahre mehrere Häuser im Weitlingkiez. Sie verkehrten in Jugendclubs oder Kneipen und besetzten den öffentlichen Raum. Einige Jugendclubs folgten damals dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit und boten den Neonazis Räume und Strukturen. So entwickelte sich insbesondere die Gegend um den S-Bahnhof Lichtenberg zu einem bundesweit bekannten Anziehungspunkt für Neonazis. Unter anderem mit dem Pogrom in Rostock Lichtenhagen oder dem Brandanschlag in

Mölln 1992 zeigte sich ein gesellschaftliches Klima, in dem Menschen, die nicht in das rechte Weltbild passen, fast täglich von Beleidigungen und Gewalt betroffen waren. Die potenziell tödlichen Folgen dieser Entwicklungen zeigen sich in Lichtenberg neben dem Mord an Kurt Schneider (1999) auch am Schicksal von Klaus-Dieter Reichert, der bereits 1990 durch Neonazis in den Tod getrieben wurde.

### **Die rechte Vormachtstellung bröckelt – Die 2000er Jahre**

Waren in den 1990er Jahren noch Parteien prägend für organisierte Neonazistrukturen, entwickelte sich nach mehreren Partei-Verboten die Neonazi-Kameradschaft zur vorherrschenden Organisationsform. Neben der „Kameradschaft Spreewacht“, zu deren Umfeld mindestens einer der Mörder von Schneider zählte, gab es im Bezirk weitere Gruppierungen, wie die „Kameradschaft Germania“ und später die „Kameradschaft Tor“. Letztere entwickelten die Aktionsform der „Autonomen Nationalisten“. Sie trugen damit entscheidend zu einer Neuausrichtung der deutschen Neonaziszene bei: weg von Glatze und Springerstiefeln, hin zu Kapuzenpulli und Hip-Hop-Musik. Die rechte Alltagskultur entwickelte sich in Lichtenberg kontinuierlich weiter. Trauriger Höhepunkt waren mehrere Angriffe auf Lokalpolitiker\*innen der Linkspartei im Jahr 2006.

Daraufhin folgte eine breite antifaschistische Kampagne unter dem Titel „Hol dir den Kiez zu-





rück“. Gezielt wurden Anwohner\*innen und Gewerbetreibende im Weitlingkiez angesprochen und aufgefordert, gegen die lokalen Neonazis aktiv zu werden. Der sichtbarste Erfolg der Kampagne war das Aus der Neonazi-Kneipe „Kiste“ 2008. Im selben Jahr wollten die Neonazis für ein „nationales Jugendzentrum“ durch den Bezirk marschieren. Hunderte Menschen gingen dagegen auf die Straße. Zusammen mit der damaligen Lichtenberger Bezirksbürgermeisterin blockierten sie die Route. Aus diesen Protesten ging das Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz hervor. Der Mythos von der Neonazi-Hochburg war damit nachhaltig beschädigt.

### **Ein letztes Aufbäumen – Die Lückstraße 58**

Unter dem steigenden Druck verlagerte sich der Schwerpunkt der Lichtenberger Neonazis. Nach dem Verbot der „Kameradschaft Tor“ 2005, reorganisierten sie sich im stadtweiten Zusammenschluss „Nationaler Widerstand Berlin“. Diese Gruppierung war in den Folgejahren für etliche Aufmärsche, Angriffe und Anschläge verantwortlich. Zeitgleich wurde der Treptower Stadtteil Schöneweide zur neuen Nazi-Hochburg. Doch ganz wollten die Neonazis Lichtenberg nicht aufgeben. Im Jahr 2011 mieteten Personen aus dem „Nationalen Widerstand“ mit dem Tarnverein „Sozial engagiert in Berlin“ ein Ladenlokal in der Lückstraße 58. Schnell wurde der Laden zu einem der wichtigsten Anlaufpunkte der Berliner Szene.

Anders als noch in den 1990er Jahren formierte sich jedoch ein deutlicher Widerstand. Es kam zu zahlreichen Aktionen gegen den Laden und das Bündnis für Demokratie und Toleranz trat mit der Kampagne „Bunter Wind für Lichtenberg“ in die Öffentlichkeit. Durch das vielfältige Engagement musste der Laden nach drei Jahren schließen. Das war ein weithin sichtbares Zeichen, dass es Neonazis inzwischen in Lichtenberg schwer haben.

### **Nazi-Kiez no more – Situation heute**

Insgesamt sind die Räume für Neonazis in Lichtenberg kleiner geworden. Viele Läden und sonstige Treffpunkte mussten schließen. Beispiele hierfür sind Bekleidungsgeschäfte, wie der „Wearwolf“ (Hohenschönhausen) und das „Horrido“ (Friedrichsfelde), oder Kneipen, wie die „Kiste“ und der „Germanenhof“ (Hohenschönhausen). Viele aktive Neonazis haben den Bezirk verlassen oder sind nicht mehr in der Öffentlichkeit aktiv. Die NPD hat bei den Wahlen 2015 ihre Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung verloren und ist seitdem im Bezirk politisch weitestgehend bedeutungslos. Der letzte Aufmarsch der extremen Rechten fand im Jahr 2018 statt. Selbst Aufkleber in den Straßen verschwanden schnell. Dennoch versuchen Neonazis weiterhin, den „Mythos Weitlingkiez“ wiederzubeleben, allen voran die Partei „Der III. Weg“. Auch einige langjährige Neonazi-Treffpunkte, wie die Kneipe „Sturgis“ oder das Tattoo-Studio „Utgard“, existieren bis heute.

## Keine Entwarnung

Nur weil Neonazis weniger sichtbar sind, heißt es nicht, dass die dahinterliegende Weltsicht verschwunden ist. Dies zeigte sich beispielsweise bei den rassistischen Demonstrationen gegen die Unterbringung Geflüchteter im Jahr 2015 in Hohenschönhausen. Auch die Wahlerfolge der AfD im Bezirk belegen, wie anschlussfähig eine Politik ist, die Menschen grundsätzlich als nicht gleichwertig betrachtet. Die jährlichen Auswertungen des „Lichtenberger Registers“ dokumentieren die Alltäglichkeit von Rassismus und rechter Gewalt. Das beginnt mit Stickern oder Graffiti, geht über Beleidigungen bis hin zu körperlichen Übergriffen. Darin zeigen sich auch die Trends, die deutschlandweit und über einen längeren Zeitraum in den sogenannten Mitte-Studien analysiert werden: eine besonders weite Verbreitung der Abwertung von Rom\*nja und Sinti\*zze (26%) sowie rassistischen (19%) und anti-muslimischen Einstellungen (19%) in der Bevölkerung.

Die tödlichen Folgen von Rassismus gehören nicht der Vergangenheit an. Im Jahr 2016 verletzte der Filialleiter des Edeka-Marktes im Bahnhof Lichtenberg Eugeniu Botnari tödlich, nachdem dieser beim Ladendiebstahl beobachtet worden sein soll. Das Opfer wurde aufgrund der ihm zugeschriebenen Herkunft sowie des sozialen Status der Bahn-

hofsszene zugeordnet – die Gewalt eskalierte. Ein öffentlicher Aufschrei blieb nahezu aus. Stattdessen hetzte die AfD wenige Monate nach der Tat in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung noch gegen „das Klientel“ am Bahnhof aus „Obdachlosen und oberflächlich ausgedrückt Asylanten“.

## Ansätze für eine solidarische Kiezkultur

Schon in den 1990er Jahren gab es antifaschistische Gruppen, die sich den Neonazis in Lichtenberg entgegenstellten. Vieles hat sich in Lichtenberg seither verändert. Im ehemaligen „Nazi-Kiez“ gibt es heute zahlreiche Menschen, die sich vielfältig gegen Rassismus und die extreme Rechte engagieren. Auch wenn es kaum noch Neonazi-Infrastruktur gibt, versuchen rechte Aktivist\*innen ihr (Wohn-)Umfeld zu markieren und schrecken auch vor Angriffen nicht zurück. Rassistische Gewalt ist weiterhin an der Tagesordnung.

Wann immer Menschen von Neonazis und Rassist\*innen angegangen werden, brauchen sie Solidarität. Im Zentrum müssen die Opfer und nicht die Täter\*innen stehen. An diesem Punkt muss eine solidarische Kiezarbeit ansetzen. Wer einen Beitrag dazu leisten möchte, hat in Lichtenberg viele Anlaufstellen.

## WER WAR KLAUS-DIETER REICHERT?

Der damals 24-Jährige Klaus-Dieter Reichert starb am 11. Dezember 1990 bei einem Sprung aus dem zehnten Stock eines Hochhauses. Zuvor hatten ihn drei Neonazis in der Wohnung eines Bekannten aufgesucht und brutal zusammengeschlagen, um Schulden einzutreiben. Aus Panik sprang das Opfer aus dem Fenster und starb. Zwar bewegte sich Reichert selbst am Rande der rechten Skinhead-Szene, seine Zugehörigkeit zum Tatzeitpunkt ist aber nicht eindeutig geklärt.

Zeug\*innen im Gerichtsverfahren ordneten Reichert vielmehr der „asozialen Bahnhofsszene“ zu. Bekannt ist, dass sich Reichert unregelmäßig an Betrugsdelikten beteiligte. In diesem Zusammenhang soll er Geld für sich einbehalten haben, das die Täter zurückforderten. Da der Neonazi-Hin-

tergrund seiner Täter durch das Gericht als nicht ausschlaggebend für die Tat betrachtet wird, ist Klaus-Dieter Reichert bis heute nicht als Opfer rechter Gewalt anerkannt.

Allein die Aktenlage ist für eine umfängliche Betrachtung nicht ausreichend. Die Neonazi-Ideologie der Täter ist mit einem erhöhten Hang zur Gewalt verbunden, die sozialchauvinistische Komponente scheint die besondere Brutalität gegen Reichert begünstigt zu haben. Wir gehen also davon aus, dass die Neonazis grundsätzlich in Konflikten eher dazu geneigt sind, ihre Opfer zu entmenschlichen und mit äußerster Brutalität gegen sie vorzugehen – und Klaus-Dieter Reichert deswegen Opfer rechter Gewalt wurde.

# „VERHINDERN, DASS ÄHNLICHES WIEDER PASSIERT“

Tina Furore von AiL und Markus Tervooren von der VVN-BdA beantworten im Interview Fragen zur Gedenkarbeit.

*Obwohl es in Berlin-Lichtenberg seit den 1990er Jahren mehrere Opfer rechter Gewalt gegeben hat, sind diese weitestgehend unbekannt. Namen wie Eugeniu Botnari, Kurt Schneider oder Klaus-Dieter Reichert sagen nur wenigen Menschen im Bezirk etwas. Auch im Stadtbild sind sie nicht sichtbar. Dennoch gab es in den letzten Jahren einige Initiativen, die das ändern wollten. Eine davon ist in Zusammenarbeit von engagierten Nachbar\*innen, Personen aus der „Antifaschistischen Vernetzung Lichtenberg“ (AVL), der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) und von „Aktiv in Lichtenberg e.V.“ (AiL) entstanden, die mit einer Kundgebung 2018 an den Tod von Eugeniu Botnari erinnerten.*

## Habt ihr Eugeniu Botnari gekannt oder warum organisiert ihr ein Gedenken?

**Tina:** Nein, wir haben Eugeniu Botnari nicht gekannt. Wir sind durch die Berichterstattung über seinen Tod auf ihn aufmerksam geworden. Die Empörung über die Umstände seines Todes hat uns getrieben. Die sind so krass, dass ich nicht weiß, wo ich anfangen soll: Da ist einmal der Hass auf Botnari wegen seiner Herkunft und Armut und die Kriminalisierung, wegen denen er scheinbar selbstverständlich so brutal und in einem Akt der Selbstjustiz tödlich verletzt worden ist.

Auch seine Wohnungslosigkeit, die finanziellen Probleme und die fehlende Krankenversicherung, die im Zuge des Gerichtsprozesses bekannt wurden, hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack. Schließlich kam im Gerichtsverfahren heraus, dass nicht nur André S., sondern gleich mehrere Angestellte in der Edeka-Filiale auf dieselbe Weise mit „Delinquenten“ umgegangen sind, besonders wenn diese migrantisch waren. Ein weiterer Skandal ist, dass die Täter nun das erste Mal zur Rechenschaft gezogen wurden, wodurch ihre Strafen milde ausfielen. Polizei und Justiz hätten aber viel früher eingreifen und Ermittlungen aufneh-

men können, dann wäre Botnari wahrscheinlich nicht mit 34 Jahren gestorben. Wir wollen dies alles nicht unkommentiert geschehen lassen. Wir wollen uns Zeit nehmen, um Eugeniu Botnari zu gedenken und die Missstände angehen, die zu seinem Tod geführt haben.

**Markus:** Dieser Totschlag zeigt die ungebrochene Kontinuität von Gewalt gegen stigmatisierte Menschen auf. Die Verfolgung von sogenannten „Asozialen“ im Nationalsozialismus ist zwar seit langem bekannt, aber zugegebener Weise war das in der Erinnerungspolitik auch bei uns lange Zeit eine Leerstelle. Schließlich war und ist die Ausgrenzung der Betroffenen nicht nur eine staatliche, sondern auch eine gesellschaftliche. Daran waren teilweise leider auch Antifaschist\*innen beteiligt. Personen die als „arbeitscheu“, „unangepasst“ stigmatisiert wurden, entsprachen eben auch nicht dem Selbstbild vieler ehemaliger Häftlinge oder Verfolgter im Nationalsozialismus. Was nicht heißt, dass die Personen grundsätzlich aus der Häftlingssolidarität ausgeschlossen wurden, die ja nicht nur eine politisch bewusste, sondern auch oft persönlich-empathische war. Diese Leerstellen versuchen wir seit einigen Jahren zu schließen. Das bedeutet auch, dass wir uns an Initiativen beteiligen, die sich mit dem heutigen „Herrenmenschentum“ und Sozialchauvinismus beschäftigen. Besonders dankbar sind wir Initiativen wie der „Niemand ist vergessen“-Kampagne oder auch der „Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark“.

## Eugeniu Botnari wurde 2016 totgeschlagen. Es gab Medienberichte, doch kein Gedenken. Was sind die Gründe dafür?

**Tina:** Das hat verschiedene Gründe. So traurig es ist: Eugeniu Botnari war und ist keine Person, für den eine starke Lobby eingetreten wäre.

Als Moldawier, Obdachloser und als Person, die gestohlen haben soll. Im Gegenteil wirkt es in der Berichterstattung so, als würde er selbst eine Verantwortung für seinen Tod tragen. Das ist natürlich Unsinn, denn niemand hat das Recht, über das Leben einer anderen Person zu richten, als wäre es nichts wert.

Außerdem hat das auch mit den Tätern zu tun, die auf eine beunruhigende Art zeigen, dass hier nicht organisierte Nazis die Mörder waren, sondern die Typen aus dem Supermarkt, die plötzlich zu einer tödlichen Brutalität bereit sind.

**Markus:** Was uns ärgert ist, dass der „Weitlingkiez“ heute als „ruhiger“ gilt. Der Totschlag von Eugeniu Botnari, die Gesichter der Passant\*innen, wenn sie an den obdachlosen Menschen vorbeigehen, aber auch die Wahlergebnisse der AfD sprechen da eine ganz andere Sprache. Insgesamt zeigt Botnaris Tod viele unangenehme Seiten des Zusammenlebens im Kiez. Wer davor die Augen verschließt, sorgt im Zweifel dafür, dass weitere Morde geschehen werden.

### Was hat sich seitdem geändert, warum wird es jetzt thematisiert?

**Tina:** Botnari wurde sofort in mehreren Chronologien (u.a. Tagesspiegel) als Opfer rechter Gewalt geführt, wohl vor allem wegen der offen rassistischen Haltung des Täters. Das ist gut! André S. und seine vier Kollegen sind zu Haftstrafen verurteilt worden, allerdings haben sie ihre Strafen bereits verbüßt. Als im Zuge der Corona-Pandemie bekannt wurde, dass Obdachlosen „aus hygienischen Gründen“ der Zugang zum Edeka in Bahnhof Lichtenberg verwehrt wurde, hat sich gezeigt, dass sich im Umfeld nichts getan hat. Auch deswegen machen wir weiter.

### Wie sah das Gedenken bisher aus?

**Tina:** Wir haben im Austausch mit der Beratungsstelle „ReachOut“, die den Gerichtsprozess begleitet hat, Informationen gesammelt und die Medienberichte ausgewertet. Wir sind wiederum ein loser Kreis von Interessierten, die das Thema nicht loslässt. Bei der Kundgebung zum zweiten Todestag, dem 20. September 2018, haben wir Flyer und Rosen an die Passant\*innen auf dem Vorplatz des S-Bahnhofs verteilt, um die Vorgänge bekannt zu machen. Es gab auch mehrere Redebeiträge, von der

„VVN-BdA“ oder der „Erwerbslosenberatungsstelle ALSO“. Der „Opferfonds CURA“ hat uns dabei finanziell unterstützt. Die Resonanz von den Passant\*innen war ausgesprochen positiv. Die vorliegende Broschüre und die Vernetzung mit der „Niemand-ist-vergessen“-Kampagne und der AVL war nun unser nächster Schritt. Wir stehen außerdem auch mit berlinweiten Akteur\*innen in Kontakt, beispielsweise mit der Erwerbslosenberatung „Basta“ und dem Verein „Amaro Foro“, um die weitere Gedenkarbeit in Zukunft hoffentlich im Austausch miteinander zu gestalten.

### Was sind weitere Schritte eurer Gedenkarbeit?

**Tina:** Die wird idealerweise in Kontakt mit den Angehörigen von Eugeniu Botnari fortgesetzt. Bisher konnten wir diesen nicht herstellen, was wir sehr bedauern. Ein weiterer Schwerpunkt sind Aktionen vor Ort, wie Kundgebungen oder auch Diskussionsveranstaltungen, um unserem Unmut weiter Ausdruck zu verleihen, aber auch, um die Geschichte von Eugeniu Botnari lokal in Erinnerung zu behalten. Die Erfahrung der Kundgebung 2018 zeigt, dass das Unwissen, aber auch das Interesse groß ist. Dies zeigt, dass wir auf der richtigen Spur sind.

### Habt ihr noch darüber hinaus gehende Ziele?

**Markus:** Im Bezirk gibt es ja eine Vielzahl von Stolpersteinen und Gedenkorten, die an Opfer des Faschismus erinnern. Wir sind der Meinung, dass diese dringend durch Orte des Gedenkens an die neuen Opfer der gesellschaftlichen Ausgrenzung ergänzt werden müssen.

**Tina:** Wir wünschen uns auch jenseits der Veranstaltungen, die wir organisieren werden, ein dauerhaftes Zeichen zur Erinnerung an Eugeniu Botnari. Dies könnte eine Gedenktafel sein oder aber die Umbenennung des Platzes vor dem Bahnhof Lichtenberg. Es wäre ein deutliches Zeichen an die Täter und ihr Umfeld: wir vergessen nicht, was hier geschehen ist und was ihr getan habt. Es wäre ein deutliches Zeichen an die Familie und Angehörigen: Eugeniu Botnari hat hier Unrecht erfahren und wird nicht vergessen. Und es wäre ein Zeichen der Lichtenberger\*innen: es ist genug und wir wollen verhindern, dass ähnliches wieder passiert.



# NIEMAND IST VERGESSEN - EINE WEBSEITE FÜR DIE OPFER RECHTER & RASSISTISCHER GEWALT IN BERLIN

Von der Berliner Gedenkkampagne für Opfer rechter Gewalt  
„Niemand ist vergessen“

*Rechte und rassistische Morde sind insbesondere seit der deutschen Wiedervereinigung ein alltägliches Phänomen. Wir wollen dies am Beispiel Berlin sichtbar machen, denn diese Morde passieren nicht in weiter Entfernung, sondern hier vor Ort. Berlin stellt mit fast 20 bekannten rechten und rassistischen Todesopfern einen der Schwerpunkte rechter Gewalt in Deutschland dar.*

Angehörige und Freund\*innen der Geschädigten beklagen dabei vielfach den fehlenden Schutz der Opfer durch Polizei und Justiz. Diese sind offenbar vielmehr damit beschäftigt, die Motivation rechter und rassistischer Gewalt zu verschleiern, indem sie das Narrativ der „Einzeltäter\*innen“ festigen und sich bemühen, den organisierten Hintergrund vieler dieser Taten unsichtbar zu halten. So verhindern sie die effektive Bekämpfung und schützen jene, die sie ausüben. Es sind insbesondere Staats- und Verfassungsschutz, die über das V-Leute-System Strukturen rechter Täter\*innen stärken und finanzieren.

Vereinzelte gibt es Gedenkinitiativen, die sich der Arbeit zur Erinnerung und Mahnung an die Taten widmen. Sie führen regelmäßig Veranstaltungen durch, setzen sich für die Umbenennung von Straßen und Plätzen ein oder schaffen Gedenkorte. In Berlin sind dies unter anderem das Gedenken an Silvio Meier, Dieter Eich und Günter Schwannecke. In anderen Fällen kam es kurzzeitig nach den tödlichen Angriffen zu Demonstrationen und Kundgebungen, welche oft durch die verharmlosenden Gerichtsprozesse ausgelöst wurden. So war es unter anderem nach den Morden an Ufuk Şahin (1989), Mahmud Azhar (1990), Mete Ekşi (1991) und Nguyễn Văn Tú (1992) sowie nach dem Tod von Annek E. (2014).

Das ungestörte Morden des NSU über ein ganzes Jahrzehnt, schockierte auch uns: mindestens zehn

Menschen wurden ermordet, die Opfer und ihre Angehörigen verleumdet und anstelle der Täter\*innen beschuldigt sowie verfolgt, ohne dass sich eine kritische Öffentlichkeit dagegen stellte. Opfer rechter Gewalt und ihre Angehörigen sollen nie wieder auf diese Art allein gelassen werden. Das Gedenken an fast vergessene Fälle wurde seitdem wieder aufgenommen. So kam es in den letzten Jahren zu Gedenkaktivitäten und Veranstaltungen an Mahmud Azhar (Lichterfelde), Nguyễn Văn Tú und Nguyễn Tân Dũng (beide Marzahn), Ufuk Şahin und Beate Fischer (beide Reinickendorf) sowie Kurt Schneider (Lichtenberg). Dabei setzt sich die Kontinuität rassistischer Todesopfer in Berlin fort: Burak Bektaş (2012) und Luke Holland (2015) in Neukölln sowie Eugeniu Botnari (2016) in Lichtenberg.

Seit Frühjahr 2019 treffen sich Vertreter\*innen unterschiedlicher Gedenkinitiativen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt in Berlin, um das Projekt einer gemeinsamen Webseite vorzubereiten. Dazu sind alle Gruppen herzlich eingeladen, die sich ebenfalls der Gedenkarbeit in ihrem Kiez angenommen haben. Es ist wichtig, dass bei unserem Gedenken die Opfer im Vordergrund stehen. Daher sind wir, wo es möglich ist, um gute Kontakte zu Angehörigen und Freund\*innen bemüht. Ebenfalls sollen unsere Positionierungen gegen rechte und rassistische Gewalt und die Verantwortung der Gesellschaft sowie staatlicher Institutionen für Rassismus, Faschismus und Sozialchauvinismus sichtbar gemacht werden.

Das Projekt ist ein kontinuierlicher Prozess und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Gerne können neue Gedenkinitiativen dazu stoßen oder sich Menschen melden, die eine der vorgestellten Personen näher kannten und darüber sprechen möchten.

# IN DIE UNSICHTBARKEIT GEDRÄNGT: OBDACHLOSE MENSCHEN IN LICHTENBERG

Von Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke

*„Pöbeleien und abschätziges Blicke von anderen, Nicklichkeiten von Polizei und Behörden, Abweisungen in der Notaufnahme“, das sind nur einige Beispiele aus dem Alltag obdachloser Menschen, von denen André und Heiko im Sommer 2019 der Lichtenberger Stadtzeitung „Kiezblick“ im Gespräch berichteten.*

Mehrere tausend Menschen leben in Berlin auf der Straße. Sie sind täglich massiven Ausgrenzungen ausgesetzt, werden als „Penner“ oder „asozial“ beschimpft und sehen sich mit körperlichen Übergriffen konfrontiert. Betroffene und Sozialarbeiter\*innen berichten von einem hohen Maß an Brutalität bei den Angriffen. Meist stammen die Täter\*innen nicht aus einer organisierten rechten Szene, sondern handeln aus sozialchauvinistischen Motiven: ihrem Überlegenheitsgefühl gegenüber als sozioökonomisch minderwertig empfundenen Personen verleihen sie gewaltsam Ausdruck.

Die Einstellung, Menschen auf Grund ihrer sozialen Herkunft und ihres Status gesellschaftlich abzuwerten, ist weit verbreitet. Dies trifft insbesondere Hartz IV-Empfänger\*innen und Wohnungslose. Laut Befragungen, wie den sogenannten Mitte-Studien, vertraten 2019 52 % der Befragten abwertende Einstellungen gegenüber langzeitarbeitslosen und 10 % gegenüber wohnungslosen Menschen. Als der Bahnhof Lichtenberg im Winter 2018/2019 Kältebahnhof wurde oder während wohnungslose Menschen 2019 bis Anfang 2020 an der Rummelsburger Bucht kampierten, bekam das Lichtenberger Bezirksamt zahlreiche Briefe mit menschenverachtenden und rassistischen Inhalten. Gefordert wurde die gewaltsame Räumung der Schlafplätze, der „Abtransport in Lager“ oder die „Ausmerzung von Asozialen“. Diese Nachrichten wurden nicht selten mit Name und Adresse unterzeichnet. Die Schrei-

benden fühlten sich angesichts der weitverbreiteten gesellschaftlichen Ablehnung obdachloser Menschen sicher und „im Recht“.

## **Sozialchauvinismus und Rassismus sind häufig verschränkt**

Erst letztes Jahr im April wurde ein obdachloser Mann im Bahnhof Lichtenberg zusammengeschlagen. Während solche Angriffe öffentlich werden, bleiben die zahlreichen alltäglichen sozialchauvinistischen Pöbeleien meist unsichtbar. Eine Lobby für obdachlose Menschen und ihre Bedürfnisse gibt es kaum. Die kontinuierliche Ausgrenzung drängt obdachlose Menschen und ihre Lebensgeschichten in die Unsichtbarkeit und damit auch ins soziale Abseits. Obdachlosigkeit hat viele gesellschaftliche Ursachen: Arbeitsplatzverlust, hohe Mieten, Zwangsräumungen und rassistischen Ausgrenzungen. Anstatt soziale Probleme und ihre Ursachen klar zu benennen, werden die Lebensumstände dieser Menschen als persönliches Versagen fehlgedeutet. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, mit unsicheren Arbeitsverhältnissen oder geringen Deutschkenntnissen, sind z.B. auf dem Berliner Wohnungsmarkt stark benachteiligt und können nur schwer eine Wohnung bekommen. Obdachlosenfeindliche und sozialchauvinistische Diskriminierungen überschneiden sich häufig mit anderen Abwertungen, wie Rassismus und Antiziganismus. Auch die Diskussion um die Menschen in der Rummelsburger Bucht war und ist von antiziganistischen Vorurteilen geprägt. Immer wieder wurde in öffentlichen Debatten, in Messenger-Chats oder in den sozialen Medien gegen Roma-Familien gehetzt.

Obdachlose Menschen oder sozial ausgegrenzte Menschen werden immer wieder legal durch staatliche Einsatzkräfte mittels Platz- und Hausverweisen aus dem öffentlichen Raum vertrieben.

Betroffene berichten von Übergriffen durch Sicherheitspersonal in Bahnhöfen, Läden oder auf öffentlichen Plätzen. Das veranschaulicht die hohe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz von Gewalt gegenüber als sozial minderwertig angesehenen Menschen. Sie werden als rechtlos und weniger schützenswert gesehen. Diese Ungleichbehandlungen und gesellschaftlichen Ausschlüsse legitimieren für die rechten Täter\*innen ihre Gewalt als von der Gesellschaft akzeptiert und erwünscht. Für Kurt Schneider und Eugeniu Botnari endete dies in Lichtenberg tödlich.

*Die Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke fördert seit 2002 das Engagement von Menschen gegen Rassismus und extreme Rechte und für ein solidarisches Gemeinwesen in Lichtenberg.*

## **ANTIZIGANISMUS: EINE SENSIBILISIERUNG IST DRINGEND NOTWENDIG UND WICHTIG**

*Von Amaro Foro e.V.*

*Das Reproduzieren von antiziganistischen Stereotypen gegenüber Rom\*nja und Sinti\*izze beziehungsweise dafür gehaltenen Menschen stellt in unserer Gesellschaft eine schon jahrzehntelange, alltägliche Praxis dar. Sie trägt immer wieder zu einer Stigmatisierung und Diskriminierung der Community bei. In den letzten Jahren zeichnet sich ebenfalls eine dramatische Verschärfung dieses Phänomens ab. Dies zeigt sich auch darin, dass antiziganistische Diskurse immer häufiger in der Berichterstattung deutscher Medien vorkommen. Die mediale Berichterstattung beispielsweise zur EU-Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien, zu Asylsuchenden aus den Balkanländer oder aktuell zu von Covid-19 infizierten Menschen in Berlin-Neukölln ist von antiziganistischen Narrativen geprägt.*

Viele in Deutschland eingewanderte Staatsbürger\*innen aus Südosteuropa sind mit Misstrauen und Diskriminierung von Seiten der Mehrheitsgesellschaft und den Behörden konfrontiert. Dies betrifft insbesondere Menschen mit tatsächlichem

oder zugeschriebenem Roma-Hintergrund beziehungsweise von Armut bedrohte Migrant\*innen. Sie sind sowohl von alltäglicher sozialer Ausgrenzung wie auch von Diskriminierung auf institutioneller Ebene betroffen. Für diese Menschen gelten in der Regel noch deutlich schlechtere Beschäftigungsbedingungen, da viele von ihnen unangemeldeten Tätigkeiten nachgehen müssen. Dies führt zu Unterbezahlung und extremer Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Darüber hinaus verfügen diese Beschäftigten über keine Krankenversicherung, was die Verschlechterung ihrer Gesundheitsversorgung zu Folge hat.

Selbst diejenigen, die über eine Arbeitsstelle oder ein reguläres Einkommen verfügen, haben es dann in anderen Bereichen wie auf dem Wohnungsmarkt schwer. Die Bewerbungsverfahren für die Anmietung einer Wohnung verlaufen in der Regel intransparent und viele werden aus nicht nachvollziehbaren Gründen oder aber auch direkt aufgrund

ihrer Herkunft abgelehnt. Migrant\*innen aus Südosteuropa mit geringem Einkommen sind somit gezwungen, sich oft in marginalisierten Bezirken anzusiedeln, da sie keine Möglichkeit haben, woanders eine Wohnung zu bekommen. Darüber hinaus fallen Menschen häufig betrügerischen Wohnungsvermittler\*innen und Wohngesellschaften zum Opfer. Dann haben sie keine andere Wahl als heruntergekommene Wohnungen oder sogenannte Problemimmobilien anzumieten oder werden oft von Obdachlosigkeit bedroht. Die Übernachtung in Berliner Notunterkünften, wo meistens ohnehin katastrophale Bedingungen herrschen, ist für die meisten, etwa für Familien mit Kindern, so gut wie unmöglich.

Noch dramatischer ist die gesamte Lage für Roma-Asylbewerber\*innen aus den Westbalkanstaaten. Da diese seit 2015 als „sichere Herkunftsstaaten“ gelten, hat sich die rechtliche Situation für Betroffene erheblich verschlechtert. Die Asylverfahren sind beschleunigt worden und in der Regel bekommen Asylsuchende eine Ablehnung ihres Asylantrags, selbst wenn sie schon seit mehreren Jahren in Deutschland leben und sogar hier geboren sind. Dadurch sind sie jederzeit von Abschiebungen bedroht. Die Menschen müssen bis zum Verfahrensabschluss bzw. im Fall der Ablehnung des Asylantrages bis zu ihrer Ausreise oder Abschiebung in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen bleiben. Gleichzeitig werden sie mit einem generellen Beschäftigungsverbot und der Residenzpflicht konfrontiert.

Eine intensive Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Bezug auf solche Phänomene ist nach wie vor dringend notwendig und wichtig. Noch notwendiger ist allerdings die Einführung von rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung in allen unterschiedlichen gesellschaftlichen und institutionellen Sektoren. Nur dadurch hätten die Bekämpfung und Abschaffung von Antiziganismus sowie allen weiteren Diskriminierungsformen eine realistische Chance in unserer Gesellschaft.

*Amaro Foro e.V. ist ein transkultureller Jugendverband von Roma und Nicht-Roma in Berlin und arbeitet seit 2010 gegen Antiziganismus. Die Ergebnisse ihrer Dokumentationsarbeit stellte sie zuletzt in der Broschüre „5 Jahre DOSTA – ein Rückblick“ vor. Die Broschüre ist auf der Internetseite des Vereins zu lesen.*







# RUMMELSBURG – DAS EINST GRÖSSTE ARBEITSHAUS DEUTSCHLANDS

Von Dr. Robert Sommer

Rummelsburg ist heute ein gefragter Wohnort mit Seelage. Lange war dieser Ort jedoch ein Synonym für die Ausgrenzung sozial schwacher Menschen. 1879 eröffnete hier – damals noch vor den Toren der Stadt Berlin – das „Arbeitshaus Rummelsburg“. Der Berliner Architekt und Stadtbaurat Hermann Blankenstein (1829–1910) hatte auf dem sieben Hektar großen Areal das Arbeitshaus für 1.000 Personen konzipiert. Es war das größte in Deutschland.

Die Idee der Arbeitshäuser bestand darin, Obdachlose, Bettler\*innen, „Vagabunden“, „Arbeitsscheue“ aber auch Prostituierte durch einen streng reglementierten Tagesablauf und körperliche Arbeit zu einem „geordneten und gesetzmäßigen Leben“ zu erziehen. Das Arbeitshaus Rummelsburg war damit eine Disziplinierungs- und Strafanstalt für Menschen, die sich per Definition am Rande der Gesellschaft befanden. In Rummelsburg wurden die verschiedenen Gruppen sozialer Außenseiter\*innen voneinander getrennt untergebracht, deswegen ähnelt der Gebäudekomplex in baulicher Hinsicht einer Kaserne. Ende 1887 befanden sich in der Berliner Arbeitsanstalt Rummelsburg 1.437 Männer\* und 172 Frauen\*.

In der Weimarer Zeit galten die preußischen Arbeitshäuser als nicht mehr zeitgemäß. Prostitution und Vagabondage sollten entkriminalisiert werden. Der Reformpädagoge Karl Wilker (1885–1980) schaffte in der Jugendabteilung die Prügelstrafe ab und führte Regeln für eine Selbstverwaltung ein. Doch diese Phase der Liberalisierung fand 1933 ein Ende.

## Das Arbeitshaus im Nationalsozialismus

Nach der Machtübernahme bauten die Nazis die Disziplinaranstalt in eine absolut repressive Institution um und schlossen damit die Vernichtung von arbeitsunfähigen Insass\*innen ein. „Asoziale“ Menschen aus Berlin wurden während der NS-Zeit aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen und in Rummelsburg interniert. Im Arbeitshaus sollten sie an „Zucht und Ordnung, an Sauberkeit und vor allem an geregelte Arbeit“ gewöhnt werden, um wieder „zuchtvoll“ am „Gemeinschaftsleben des Volkes“ teilnehmen zu können. Das Arbeitshaus wurde nach den Plänen der Berliner Stadtverwaltung zu einer „großen Sammelanstalt für Asoziale und Gefährdete aller Art“.

Der Alltag in Rummelsburg war streng geregelt und Zwangsarbeit war ein zentraler Bestandteil davon. Die Insass\*innen wurden nach Geschlechtern getrennt in Massenschlafsälen untergebracht. Die „Häuslinge“ durften ihre Angehörigen einmal monatlich empfangen. Briefe wurden zensuriert und durften nur alle zwei Wochen geschrieben werden. Vergehen wurden mit Essensentzug bis zu einer Woche und Arrest bestraft. Die Kapazitäten des Arbeitshauses wuchsen ständig. Ende 1939 waren 2.000 Menschen in Rummelsburg eingesperrt. Dann jedoch ging die Zahl zurück, weil viele Insass\*innen in Konzentrationslager überstellt wurden.

Ab 1936 wurden in Rummelsburg „Schwachsinnige“ zwangssterilisiert. Im September des Jahres waren es bereits 165 Männer\* und Frauen\* aus dem Arbeitshaus. Ab 1937 wurden „psychisch Abwegige“, Homosexuelle sowie Jüd\*innen und Juden von den anderen Insassen isoliert. Die Jüd\*innen und Juden wurden später nach Auschwitz deportiert.

Im Dezember 1941 wollten die Nazis die Wirtschaftlichkeit des Arbeitshauses verbessern. Zu diesem Zwecke sollten „arbeitsunfähige Insassen“ ausgewählt und ermordet werden. Zunächst wurden 20 jüdische Männer\* und 10 jüdische Frauen\* aus Rummelsburg im Januar 1941 in der Tötungsanstalt Bernburg vergast.

Im Januar 1942 begutachtete eine Kommission der Mordaktion „T4“, bestehend aus Kriminalbiolog\*innen, Mediziner\*innen und »Rassehygienikern«, die 1.500 „Asozialen“ von Rummelsburg.

Sie wählte 314 Menschen, also ein Fünftel der Insass\*innen, einstimmig zur Tötung aus. Zur Ermordung kam es jedoch nicht, denn die Mordexpert\*innen wurde im selben Monat für eine wichtigere Aufgabe nach Ostpolen verlegt: die Ermordung der Europäischen Jüd\*innen und Juden in den Vernichtungslagern Sobibór, Bełżec und Treblinka.

## Vom Arbeitshaus zum Gefängnis

Nach der Befreiung Berlins 1945 wurde Rummelsburg weiter als Arbeitshaus genutzt. Außerdem wurden dort eine Arrestanstalt für männliche Jugendliche und ein Erziehungsheim für Mädchen\* untergebracht. 1951 schloss das Arbeitshaus endgültig. Nach der Teilung der Stadt brauchte Ost-Berlin eine Haftanstalt, da die größeren Gefängnisse im Westteil lagen. Der Gebäudekomplex Rummelsburg wurde zum Gefängnis umgebaut und 1953 als zentrales Gefängnis für Männer\* in Betrieb genommen. In der neuen Untersuchungs- und Strafvollzugsanstalt sollten bis zu 1.500 Häftlinge untergebracht werden. In den kommenden Jahren lag die Zahl der Häftlinge im überfüllten Rummelsburg bei 2.400. Dies waren Straftäter\*innen aus der DDR aber auch acht westdeutsche „Fluchthelfer“.

Seit 1968 wurde „Asozialität“ im Strafgesetzbuch der DDR verankert. Dadurch konnten soziale Außenseiter\*innen als „Arbeitsscheue“ stigmatisiert und in ein „Arbeitererziehungslager“ eingewiesen werden, so auch nach Rummelsburg. Durch Amnestien im Herbst 1989, sank die Zahl der Insass\*innen deutlich. Nach dem Ende der DDR wurden die Häftlinge in Gefängnisse in den Westen der Stadt verlegt. Am 30. Oktober 1990 lag die Zahl der Gefangenen bei null. Damit endete die Geschichte der Disziplinar- und Strafanstalt Rummelsburg.

*Dr. Robert Sommer ist Historiker und Ausstellungsmacher sowie freier Mitarbeiter der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Er promovierte zu sexueller Gewalt in NS-Konzentrationslagern und veröffentlichte Aufsätze zur Verfolgung von „Asozialen“ im Dritten Reich und zu deutschen Erinnerungspolitikern. Er lehrt derzeit für die DePaul University in Chicago, USA.*

# WEITERFÜHRENDE KONTAKTE

## FÜR ENGAGIERTE & INTERESSIERTE:

### **Aktiv in Lichtenberg e.V.**

... nutzt und gestaltet die öffentlichen Räume des Hausprojektes Magdalenenstraße 19 mit dem Ziel, einen generationsübergreifenden Austausch im Stadtteil zu ermöglichen.

[plattenkosmos.berlin](http://plattenkosmos.berlin) | Mail: [info@plattenkosmos.berlin](mailto:info@plattenkosmos.berlin)

### **Amaro Foro e.V.**

... ist ein transkultureller Jugendverband von Roma und Nicht-Roma.

[amaroforo.de](http://amaroforo.de) | Mail: [info@amaroforo.de](mailto:info@amaroforo.de)

### **Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg (AVL)**

... ist ein Zusammenschluss von antifaschistisch aktiven Menschen in Lichtenberg.

[vernetzunglichtenberg.blackblogs.org](http://vernetzunglichtenberg.blackblogs.org) |

Mail: [lberg\\_vernetzung@riseup.net](mailto:lberg_vernetzung@riseup.net)

### **Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin**

... ist eine Initiative von Erwerbslosen und prekären Menschen für alle, die eine parteiliche Beratung, Begleitung, Unterstützung und Organisation suchen.

[basta.blogsport.eu](http://basta.blogsport.eu) | Mail: [basta@systemli.org](mailto:basta@systemli.org)

### **Bunter Wind für Lichtenberg**

... ist eine Lichtenberger Kampagne für gelebte Vielfalt und gegen Diskriminierung.

[bunterwind-lichtenberg.org](http://bunterwind-lichtenberg.org) |

Mail: [lichtenbergerbuendnis@web.de](mailto:lichtenbergerbuendnis@web.de)

### **Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke**

... fördert seit 2002 das Engagement von Menschen für ein offenes und solidarisches Gemeinwesen in Lichtenberg.

[licht-blicke.org](http://licht-blicke.org) | Mail: [mail@licht-blicke.org](mailto:mail@licht-blicke.org)

### **Lichtenberger Jugendantifa (LiJa)**

... ist eine antifaschistisch-feministische Gruppe im Raum Lichtenberg.

[lija.blackblogs.org](http://lija.blackblogs.org) | Mail: [lija@riseup.net](mailto:lija@riseup.net)

### **Lichtenberger Register**

... dokumentiert und analysiert extrem rechte und diskriminierende Vorfälle in Lichtenberg.

[berliner-register.de/lichtenberg](http://berliner-register.de/lichtenberg) |

Mail: [register@licht-blicke.org](mailto:register@licht-blicke.org)

### **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) Berlin**

... bietet allen Menschen in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur engagieren.

[www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de) | Mail: [info@mbr-berlin.de](mailto:info@mbr-berlin.de)

### **Niemand ist vergessen Berlin**

... ist ein Zusammenschluss von verschiedenen lokalen Gedenkinitiativen in Berlin.

[berlin.niemandistvergessen.net](http://berlin.niemandistvergessen.net) |

Mail: [niemandistvergessen@riseup.net](mailto:niemandistvergessen@riseup.net)

### **Opferfonds CURA - für Betroffene rechter Gewalt**

... zur finanziellen Unterstützung von Betroffenen rechtsradikaler, rassistischer, antisemitischer und anderer vorurteilsmotivierter Angriffe.

[www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/opferfonds-cura](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/opferfonds-cura) | Mail: [cura@amadeu-antonio-stiftung.de](mailto:cura@amadeu-antonio-stiftung.de)

### **ReachOut Berlin**

... ist eine Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

[www.reachoutberlin.de](http://www.reachoutberlin.de) |

Mail: [beratung@reachoutberlin.de](mailto:beratung@reachoutberlin.de)

### **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)**

... ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes und Antifaschist\*innen aller Generationen mit Sitz in Lichtenberg.

[vvn-bda.de](http://vvn-bda.de) | [Kontaktformular auf der Webseite](#)

### **Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)**

... ist ein bundesweiter Verband aus Beratungsstellen, die seit über 15 Jahren rechte, rassistische und antisemitische Gewalt aus der Perspektive der Betroffenen dokumentieren sowie diese begleiten und unterstützen.

[www.verband-brg.de](http://www.verband-brg.de) | [info@verband-brg.de](mailto:info@verband-brg.de)



EDEKA

**im Bahnhof**

WANN  
WIE  
WAS

